

### Die zwei stärksten Pro-Argumente und das stärkste Contra-Argument

«Fällt nach dem «Volksblatt» auch Radio Liechtenstein weg, ist die Medienvielfalt im Land nicht mehr gegeben.»



«Der jährliche Landesbeitrag für Radio Liechtenstein von rund 4 Millionen Franken ist zu hoch.»



«Es braucht überhaupt keinen liechtensteinischen Radiosender.»



«Mit der Umstrukturierung und dem neu aufgestellten Verwaltungsrat bewegt sich Radio Liechtenstein wieder in eine gute Richtung.»

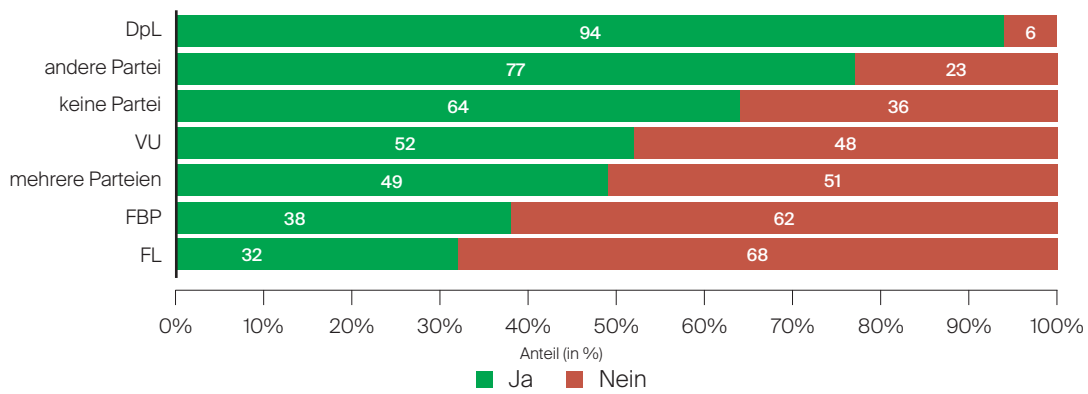


0% 10% 20% 30% 40% 50% 60% 70% 80% 90% 100%  
Anteil (in %)

■ überhaupt nicht einverstanden ■ eher nicht einverstanden □ weiss nicht  
■ eher einverstanden ■ voll und ganz einverstanden

Quelle: Liechtenstein-Institut; Grafik: Stefan Aebi

### Sympathisanten von FDP und Freie Liste lehnten Initiative deutlich ab



Quelle: Liechtenstein-Institut; Grafik: Stefan Aebi

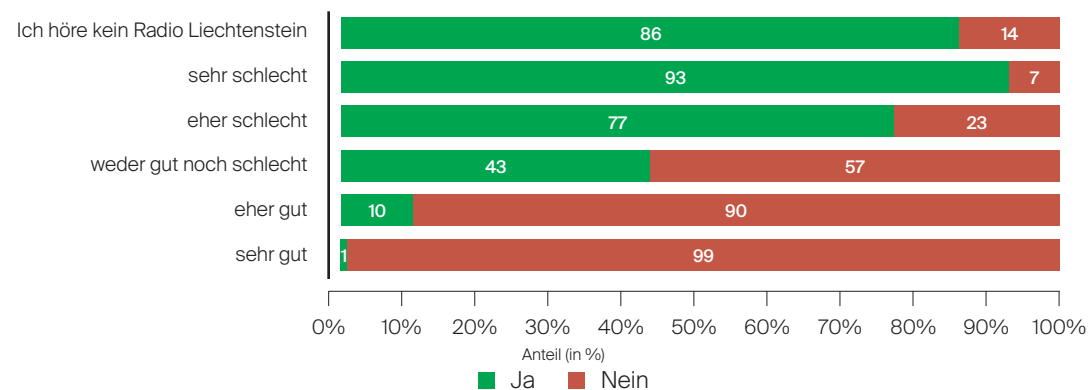
Erstmals seit der SPES-Abstimmung 2009 fassten die Grossparteien VU und FBP im Vorfeld einer Volksabstimmung unterschiedliche Parolen: Der FBP-Landesvorstand empfahl ein Nein zur Initiative der DpL, während sich der VU-Parteivorstand für ein

Ja aussprach. Wie die Abstimmungsumfrage zeigt, hatten beide Basisgremien in der Tendenz den richtigen Riecher: Die VU-Sympathisanten votierten mit 52 zu 48 Prozent für die Initiative, im Parteivorstand war das Verhältnis 60 zu 40 Prozent. Die FBP-Sym-

pathisanten sprachen sich mit 62 zu 38 Prozent gegen die Initiative aus, im Landesvorstand waren es 93 zu 7 Prozent.

Auch die Sympathisanten der DpL und der Freien Liste sahen es in der Tendenz gleich wie die Exponenten ihrer Partei.

### Wer Radio L nicht hört oder schlecht findet, stimmte eher mit Ja



Quelle: Liechtenstein-Institut; Grafik: Stefan Aebi

Es zeigt sich eine starke Korrelation zwischen dem Stimmentcheid und der jeweiligen Beurteilung des Programms von Radio Liechtenstein. Wer das Radioprogramm insgesamt sehr oder eher schlecht findet, stimmte der Initiative massiv zu (93 resp. 77 %), während Personen, die mit dem Programm sehr oder eher zufrieden sind, kaum je ein Ja in die Urnen einlegten (1 resp. 10 %). In der mittleren, neutralen Personengruppe, die das Programm weder ausgesprochen schlecht noch gut beurteilt, stiess die Initiative insgesamt auf Ablehnung (57 %), während Personen, die gar kein Radio Liechtenstein hören, der Initiative klar zu-

stimmten (86 %). Alles in allem hängt der Stimmentcheid also primär mit der allgemeinen Zufriedenheit mit Radio Liechtenstein zusammen: je grösser die Zufriedenheit mit dem Sender, desto tiefer die Zustimmung zur Initiative. Sprechen sich von den gar nicht Zufriedenen noch 90 Prozent für die Initiative aus, liegt der Ja-Anteil unter den sehr Zufriedenen noch bei vier Prozent.

Schliesslich hängt der Stimmentcheid auch mit der Wahrnehmung und Nutzung von Radio Liechtenstein zusammen. Zunächst nimmt die Zustimmung zur Aufhebung des LRF mit zunehmender Nutzungshäufigkeit ab. Sprechen sich von denjeni-

gen, die Radio Liechtenstein nie hören, noch 87 Prozent für die Initiative aus, lehnen 86 Prozent der täglich Nutzenden das Initiativbegehren ab. Eine weitere Zäsur besteht in der grundsätzlichen Frage der Wichtigkeit eines liechtensteinischen Radiosenders. Wer die Existenz eines liechtensteinischen Radiosenders grundsätzlich – unabhängig, ob öffentlich-rechtlich oder privat – für unwichtig oder eher unwichtig hält, stimmte der Initiative deutlich zu (94 resp. 86 %). Wer die Existenz eines liechtensteinischen Radiosenders hingegen wichtig oder sogar sehr wichtig findet, lehnte die Initiative mit grosser Wahrscheinlichkeit ab (67 resp. 95%).



Verwaltungsrätin Almut Jehle und Verwaltungsratspräsident Jürg Bachmann blicken Radio-Redaktor Florian Mani über die Schulter. 59 Prozent der Stimmbürger bewerten den neuen Verwaltungsrat von Radio L und die von ihm eingeleiteten Massnahmen laut Umfrage positiv.  
Bild: Nils Vollmar

# Die Mehrheit will ein Radio, aber nicht für 4 Millionen Franken

Trotz Ja zur Privatisierungsinitiative findet eine Mehrheit: Liechtenstein braucht einen Radiosender, das ist wichtig für die Medienvielfalt. Der Radio-Verwaltungsrat hat die Weichen richtig gestellt, aber 4 Millionen Franken pro Jahr sind zu viel.

#### David Sele

Die DpL betonten es von Anfang an: Ihre Initiative zur Aufhebung des Rundfunkgesetzes habe nicht die Abschaffung von Radio L zum Ziel, sondern dessen Privatisierung. Die Regierung hingegen behauptete, dass ein Ja zur Initiative aber genau dazu führen werde: Es wäre das Ende von Radio L.

Dass diese Position der Regierung nur schwer haltbar sein wird, kristallisierte sich zum Ende des Abstimmungskampfes zunehmend heraus. Und am Abstimmungssonntag, als das Ja zur Initiative Tatsache war, war denn auch keine Rede mehr vom «Lichterlöschen». Dennoch ist völlig offen, wie es mit Radio Liechtenstein nun weitergehen soll, und Medienministerin Sabine Monauni wirkte noch in der Elefantenrunde beim Vaduzer

Medienhaus relativ ratlos. Sie wolle zuerst die Ergebnisse der Abstimmungsumfrage abwarten, sagte die Ministerin. Diese liegen nun vor. Und es zeigt sich, dass das Ja zur Initiative keineswegs ein Nein zu Radio L war.

Jeder dritte Ja-Stimmende ist der Überzeugung, dass Liechtenstein einen Radiosender braucht. Im Total sind 58 Prozent der Befragten dieser Meinung. Und 53 Prozent sind der Ansicht, dass die Medienvielfalt nicht mehr gegeben wäre, wenn nach dem «Volksblatt»-Aus auch noch Radio Liechtenstein verschwände.

59 Prozent sind zudem überzeugt, dass die Politik die Medienförderung so aufstellen kann, dass ein privater Radiosender überlebensfähig ist. Auch jeder Dritte, der die Initiative der DpL ablehnte, ist dieser Meinung. Eine Mehrheit von 59 Prozent

findet zudem, dass Radio L dank des neuen Verwaltungsrates den richtigen Weg eingeschlagen hat. Bei den Ja-Stimmenden sehen das 37 Prozent so. Klar ist aber auch, dass ein Radiosender den Staat nicht 4 Millionen Franken pro Jahr kosten darf. 72 Prozent der Befragten sind dieser Ansicht. Und selbst 43 Prozent jener, die die DpL-Initiative ablehnten, finden 4 Millionen Franken zu viel.

#### Kernaussagen für künftige Radiopolitik

Zusammengefasst spricht sich eine Mehrheit dafür aus, einen Radiosender in Liechtenstein zu haben. Der Staat darf aber nicht 4 Millionen Franken dafür ausgeben. Der Fortbestand von Radio Liechtenstein mit der von dem neuen Verwaltungsrat eingeschlagenen Strategie wird ebenfalls befürwortet.

#### Hinweis Abstimmungsumfrage

n=907, Daten gewichtet, Fehlermarge +/-3 Prozentpunkte, für kleinere Subgruppen, beispielsweise Anhängerschaften der Grossparteien (n= ca. 200) +/-7 Prozentpunkte.